



Richtlinien zur Förderung von Investitionen für teilstationäre Einrichtungen

(in der Fassung des Stadtratsbeschlusses vom 17.10.2023)

- auf der Grundlage von Art. 74 Abs.1 des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze (AGSG) vom 08.12.2006, zuletzt geändert am 21.04.2023, in Verbindung mit Teil 8 der Verordnung zur Ausführung der Sozialgesetze (AVSG) vom 02.12.2008, zuletzt geändert am 14.02.2023, und nach Maßgabe der allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen -

1 Zweck der Förderung

Zweck der Förderung ist es, für eine bedarfsgerechte Pflegeinfrastruktur im Bereich der Landeshauptstadt München zu sorgen, bereits vorhandene und bewährte teilstationäre Pflegeeinrichtungen (= Tages- und Nachtpflegeeinrichtungen) zu stützen und bedarfsgerechte neue teilstationäre Einrichtungen zu ermöglichen.

2 Gegenstand der Förderung

- 2.1 Nach Maßgabe dieser Richtlinien werden Zuwendungen für die Finanzierung betriebsnotwendiger Investitionsaufwendungen bei bedarfsgerechten teilstationären Pflegeeinrichtungen in den Bereichen Altenpflege und Pflege für AIDS-krank Menschen gewährt.
- 2.2 Diese Einrichtungen werden bei Schaffung von teilstationären Pflegeplätzen durch Neu- oder Umbau mit Investitionspauschalen (Festbeträgen) und bei Modernisierungsmaßnahmen durch Anteilfinanzierung gefördert.
- 2.3 Anstelle von Investitionspauschalen nach Nr. 2.2 können Festbeträge für die Erstausrüstung der Inneneinrichtung beantragt werden.

3 Zuwendungsempfänger*innen

- 3.1 Zuwendungsempfänger*innen und Antragsberechtigte sind die rechtsfähigen Träger von teilstationären Pflegeeinrichtungen, die mit der Pflegekasse einen Versorgungsvertrag schließen und Eigentümer*in, Erbbauberechtigte*r oder Mieter*in des Gebäudes/Grundstücks sind, in/auf dem die Maßnahme erfolgt, wenn sie die Maßnahme finanzieren.
- 3.2 Zuwendungsempfänger*innen und Antragsberechtigte sind Investoren*innen, die den Neu-/Umbau beziehungsweise die Modernisierung einer teilstationären Pflegeeinrichtung finanzieren und die Einrichtung an einen Träger verpachten oder vermieten, während das Grundstück/Erbbaurecht in ihrem Eigentum verbleibt.
- 3.3 Vorrangig zuwendungsberechtigt sind Antragsberechtigte nach Ziffer 3.1.

Wir sind München
für ein soziales Miteinander

4 Fördervoraussetzungen

4.1 Förderung durch den Freistaat Bayern

Die*Der Zuwendungsempfänger*in muss grundsätzlich nachweisen, dass eine Förderung nach der Richtlinie zur investiven Förderung von Pflegeplätzen sowie der Gestaltung von Pflege und Betreuung im sozialen Nahraum (PflegesozialNahFÖR) des Freistaates Bayern beantragt und abgelehnt wurde. Andernfalls wird der Antrag abgelehnt.

Ausgenommen von der Regelung in Satz 1 sind teilstationäre Projekte, die als Einzel-einrichtungen entstehen. Das heißt, diese werden nicht in Verbindung oder unmittelbarer Nähe zu weiteren Pflegeangeboten nach dem Sozialgesetzbuch, Elftes Buch (SGB XI), beispielsweise vollstationären Einrichtungen oder ambulant betreute Wohngemeinschaften, gebaut.

4.2 Bedarfsgerechtigkeit der Einrichtung

Förderfähig sind nur Maßnahmen für teilstationäre Pflegeeinrichtungen, die vom Sozialreferat der Landeshauptstadt München als bedarfsgerecht beziehungsweise qualitativ/konzeptionell eingestuft sind und die Maßstäbe und Grundsätze für die Qualität und Qualitätssicherung nach der jeweils gültigen Fassung der entsprechenden Vereinbarung nach § 113 SGB XI erfüllen.

4.3 Strukturelle Voraussetzungen

- 4.3.1 Die Pflegeeinrichtungen erbringen Leistungen nach dem SGB XI zur teilstationären Pflege aufgrund eines mit den Pflegekassen abgeschlossenen Versorgungsvertrages gemäß § 72 SGB XI.
- 4.3.2 Die zugelassenen Pflegeeinrichtungen führen Maßnahmen zur Qualitätssicherung nach den Vorschriften des SGB XI und den darauf beruhenden Vereinbarungen durch. Diese erstrecken sich neben den allgemeinen Pflegeleistungen auch auf die Leistungen bei Unterkunft und Verpflegung sowie auf die Zusatzleistungen gemäß SGB XI.
- 4.3.3 Die*Der Zuwendungsempfänger*in hat auf Rückfrage des Sozialreferates eine Stellungnahme des medizinischen Dienstes der Krankenversicherung (MDK) einzuholen, die eine Beurteilung hinsichtlich der Qualität der Einrichtung beinhaltet.
- 4.3.4 Die*Der Zuwendungsempfänger*in hat auf Rückfrage des Sozialreferates eine Stellungnahme der Fachstelle für Pflege- und Behinderteneinrichtungen - Qualitätsentwicklung und Aufsicht (FQA/Heimaufsicht) hinsichtlich der ordnungsrechtlichen Einstufung der Versorgungsform nach Pflege- und Wohnqualitätsgesetz vorzulegen.
- 4.3.5 Konzeptionell sind die räumlichen Vorgaben analog der Verordnung zur Ausführung des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes (AVPflegWoqG) für vollstationäre Pflegeeinrichtungen für die Nachtpflege zu beachten. Das heißt, dass beispielsweise Mehrbettzimmer (drei oder mehr Plätze pro Raum) nicht förderfähig sind.
- 4.3.6 Die Pflegeeinrichtungen arbeiten nach dem Grundsatz der Vernetzung mit ambulanten und anderen teil- und vollstationären Einrichtungen zusammen.
- 4.3.7 Die Pflegeeinrichtungen unterstützen die Betreuungspersonen der Pflegebedürftigen sowie diese selbst durch Beratung und fachliche Hilfe.
- 4.3.8 Weitere Voraussetzungen können im Rahmen städtischer Anforderungsprofile für die jeweilige Einrichtung zur Ergänzung des örtlichen Angebotes gefordert werden.

4.4 Sonstige Voraussetzungen

- 4.4.1 Die Förderung erhalten Zuwendungsempfänger*innen für ihre Maßnahmen bei Pflegeeinrichtungen innerhalb des Gebiets der Landeshauptstadt München.
- 4.4.2 Die*Der Zuwendungsempfänger*in hat einen angemessenen Eigenanteil von mindestens 10 Prozent der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben zu erbringen.
- 4.4.3 Die Gesamtfinanzierung der Maßnahme muss nachweislich gesichert sein.

5 Art und Umfang der Förderung

5.1 Grundsätzliches

- 5.1.1 Die Projekte, die alle Fördervoraussetzungen erfüllen, werden unter Berücksichtigung der vorhandenen Haushaltsmittel vom Sozialreferat nach Eingangsdatum in einer Prioritäten-

liste erfasst und dem Stadtrat zur Genehmigung vorgelegt.

- 5.1.2 Nicht fristgerecht eingereichte Anträge können bei der Mittelvergabe des jeweiligen Förderjahres nicht berücksichtigt werden.
- 5.1.3 Die Fördermittel werden für einen Umsetzungszeitraum von zwei Jahren im Haushalt bereitgestellt. Erfolgt in diesem Zeitraum keine Umsetzung, sind die Fördermittel neu zu beantragen.
- 5.1.4 Förderfähig sind betriebsnotwendige Aufwendungen für Maßnahmen, die dazu bestimmt sind, die für den Betrieb der Pflegeeinrichtung notwendigen Gebäude und sonstigen abschreibungsfähigen Anlagegüter herzustellen, anzuschaffen, wiederzubeschaffen oder zu ergänzen sowie Aufwendungen für Miete, Pacht, Erbbauzins, Nutzung oder Mitbenutzung von Grundstücken, Gebäuden und sonstigen Anlagegütern (§ 82 Abs. 2 Nrn. 1 und 3 SGB XI).
- 5.1.5 Nicht förderfähig sind Aufwendungen für die Instandsetzung und Instandhaltung, für die Ersatz-, Erweiterungs- und Ergänzungsbeschaffung der Inneneinrichtung sowie für den Erwerb und die Erschließung von Grundstücken.

5.2 Art der Förderung

- 5.2.1 Die Schaffung von teilstationären Pflegeplätzen kann wahlweise durch Festbeträge für Neubau, Umbau oder für die Erstausrüstung der Inneneinrichtung gefördert werden.
 - Neubaumaßnahmen werden mit der Neubaupauschale gefördert, wenn Pflegeplätze erstmals geschaffen werden und eine quantitative Steigerung an teilstationären Pflegeplätzen in München stattfindet.
 - Umbaumaßnahmen werden gefördert, wenn die in der Einrichtung bestehenden Pflegeplätze mindestens zehn Jahre vorhanden sind und eine qualitative Verbesserung der vorhandenen Pflegeplätze erfolgt.
 - Ersatzbaumaßnahmen werden für bereits vorhandene Pflegeplätze wie Umbau behandelt, unabhängig davon, ob diese am selben oder einem neuen Standort entstehen. Das heißt, diese Pflegeplätze werden wie ein Umbau gefördert. Entstehen zusätzlich neue Pflegeplätze im Ersatzbau, werden diese mit der Neubaupauschale gefördert.
- 5.2.2 Modernisierungsmaßnahmen (für Einrichtungen im Sinn dieser Richtlinien), die über Instandsetzungs- und Instandhaltungsmaßnahmen hinausgehen und nicht auf deren Unterlassen beruhen, werden durch Anteilfinanzierung gefördert.

5.3 Umfang der Förderung

Die Höhe der Förderung der Landeshauptstadt München richtet sich analog den staatlichen Festbeträgen des § 72 AVSG.

- 5.3.1 Für jeden Pflegeplatz, der neu geschaffen wird, beträgt der Festbetrag für die Förderung von
 - Tagespflegeeinrichtungen
 - bei Neubau jeweils bis zu 18.410 Euro
 - bei Umbau jeweils bis zu 6.140 Euro
 - bei Erstausrüstung der Inneneinrichtung jeweils bis zu 1.530 Euro
 - Nachtpflegeeinrichtungen
 - bei Neubau jeweils bis zu 20.450 Euro
 - bei Umbau jeweils bis zu 13.290 Euro
 - bei Erstausrüstung der Inneneinrichtung jeweils bis zu 2.560 Euro
 - Aufwendungen für die Erstausrüstung der Inneneinrichtung sind bei der Förderung von Neu- und Umbau in den jeweiligen Festbeträgen enthalten.
- 5.3.2 Die Förderung beträgt höchstens 40 Prozent der tatsächlich entstandenen förderfähigen Aufwendungen (Ziffer 5.1.4).
- 5.3.3 Dieser Prozentsatz gilt auch für die Anteilfinanzierung bei Modernisierungen. Die förderfähigen Aufwendungen einer Modernisierungsmaßnahme müssen dabei mindestens 10.000

Euro betragen und dürfen die Kosten eines Umbaues nicht übersteigen.

5.3.4 Bei einkommens- und körperschaftsteuerpflichtigen Zuwendungsempfänger*innen vermindern sich die Förderbeträge um jeweils 10 Prozent.

5.3.5 Eine nachträgliche Erhöhung der Förderung ist ausgeschlossen.

6 Zweckbindung und Sicherung der Förderung

6.1 Die Bewilligung der Fördermittel erfolgt mit der Maßgabe, dass die geförderten Pflegeplätze mindestens 10 Jahre, bei Förderung von Miet- und Pachtaufwendungen mindestens während des Förderzeitraumes entsprechend dem Verwendungszweck verwendet werden.

6.2 Soweit vor Ablauf dieser Frist keine Nutzung für Pflege mehr erfolgt, wird ein zeitanteiliger Betrag zurückgefordert. Der Rückzahlungsanspruch vermindert sich während der zweckentsprechenden Nutzung jährlich um 1/10 des Förderbetrages.

6.3 Änderungen der zweckentsprechenden Nutzung sind unverzüglich mitzuteilen. Wird diesen nicht zugestimmt, entsteht ein anteiliger Rückzahlungsanspruch der Landeshauptstadt München für den Zeitraum der geänderten Nutzung.

6.4 Bis zum Ende der Zweckbindung ist der Rückforderungsanspruch der Landeshauptstadt München zu sichern. Zur Sicherung eines etwaig entstehenden Anspruchs auf Rückzahlung der Zuwendung hat die*der Zuwendungsempfänger*in eine Grundschuld in Höhe des Förderbetrages zu Gunsten der Landeshauptstadt München eintragen zu lassen oder eine andere in der Sicherheiten-Hinterlegungsordnung der Landeshauptstadt München vorgesehene Sicherheitsleistung (wie Bürgschaft, Verpfändung von Geldanlagen) zu erbringen.

7 Antragsverfahren

7.1 Die Förderung wird nur auf Antrag gewährt. Die Antragstellung erfolgt mit dem Formular „Antrag auf kommunale Investitionsförderung für teilstationäre Pflegeeinrichtungen“.

7.2 Die*Der Antragsteller*in reicht ihre*seine Anträge auf städtische Investitionskostenförderung **bis zum 31. März** jeden Jahres bei der Landeshauptstadt München, Sozialreferat, Amt für Soziale Sicherung, St.-Martin-Str. 53, 81669 München, ein.

7.3 Die*Der Antragsteller*in hat alle entscheidungserheblichen Tatsachen, insbesondere die Erfüllung der Fördervoraussetzungen (Ziffer 4) nachzuweisen. Dem Antrag sind vor allem der Grundbuchauszug beziehungsweise der Mietvertrag, ein Lageplan mit der Bau- und Funktionsbeschreibung und der entsprechenden Baukostenkalkulation, das Konzept der Einrichtung einschließlich der vorgesehenen Personalausstattung, der Nachweis über die Antragstellung auf Versorgungsvertrag, die Baugenehmigung und ein Finanzierungsplan beizulegen. Änderungen sind unverzüglich mitzuteilen.

7.4 Die Richtlinien in der Fassung ab 17.10.2023 gelten für alle Anträge, die ab dem Tag des Inkrafttretens gestellt werden.
Sie gelten auch für vor dem 17.10.2023 eingereichte Anträge, die bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht entscheidungsreif waren, weil entscheidungserheblichen Tatsachen sowie Nachweise nicht vollständig vorlagen (siehe Ziffer 7.3).

7.5 Die Überprüfung und Begutachtung der bautechnischen Daten übernimmt gegebenenfalls das Baureferat der Landeshauptstadt München, Abt. Hochbau.

8 Bewilligung und Auszahlung

8.1 Mit der Maßnahme darf vor Bewilligung der Förderung mittels Bescheides beziehungsweise vor Genehmigung des vorzeitigen Baubeginns durch die Landeshauptstadt München **nicht** begonnen werden.

8.2 Die Auszahlung bei Neu- und Umbau erfolgt nach Baufortschritt und unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in drei Raten:

- 35 Prozent nach der Fertigstellung der Kellerdecke (Neubau) beziehungsweise nach der Einrichtung der Baustelle und dem Beginn der Arbeiten (Umbau),
- 55 Prozent nach der Fertigstellung des Rohbaus (Neubau) beziehungsweise nach der

Fertigstellung der sanitären Installation und des Innenputzes (Umbau) und 10 Prozent nach der Bezugfertigkeit und der Vorlage der Schlussbestätigung.

Vor der Auszahlung der ersten Rate muss eine Bescheinigung des Grundbuchamtes oder eine Bestätigung der*des Notar*in vorliegen, dass der Antrag auf Eintragung der Grundschuld zugunsten der Landeshauptstadt München beim zuständigen Grundbuchamt gestellt wurde und keine Hinderungsgründe bekannt sind, die der beantragten Eintragung entgegenstehen. Vor Auszahlung der dritten Rate sind eine vollstreckbare Ausfertigung der Bestellsurkunde sowie eine Bestätigung des Einrichtungsträgers, dass die bestimmungsgemäße Belegung der geförderten Plätze sichergestellt wird, vorzulegen. Falls eine andere Sicherheitsleistung als die Eintragung einer Grundschuld geboten ist, müssen die entsprechenden Bestätigungen wie zum Beispiel eine Bürgschaftsurkunde oder eine Verpfändungserklärung ebenfalls vor Auszahlungsbeginn vorliegen.

- 8.3 Die Auszahlung der Fördermittel für die Erstausrüstung der Inneneinrichtung erfolgt in einem Betrag nach Vorlage der Rechnungen.
- 8.4 Die Auszahlung der Fördermittel für Miet- und Pachtaufwendungen erfolgt jährlich zur Jahresmitte in gleicher Höhe.
- 8.5 Die Auszahlung der Fördermittel bei Modernisierung erfolgt in zwei Raten:
 - 50 Prozent nach dem nachgewiesenen Beginn der Arbeiten und
 - 50 Prozent nach dem nachgewiesenen Abschluss der Arbeiten.
- 8.6 Vor Auszahlung der einzelnen Raten ist jeweils ein Auszahlungsantrag mit den entsprechenden Unterlagen beim Sozialreferat, Amt für Soziale Sicherung, einzureichen.

9 Prüfungsverfahren

- 9.1 Die*Der Zuwendungsempfänger*in legt eine Bestätigung vor, dass das Bauvorhaben plangemäß durchgeführt, die bestimmungsgemäße Belegung sichergestellt ist und die Mittel zweckentsprechend (durch Vorlage der Schlussabrechnung) verwendet wurden.
- 9.2 Neben dem Sozialreferat, Amt für Soziale Sicherung, als Bewilligungsstelle der städtischen Förderung, sind das Revisionsamt der Landeshauptstadt München und der Bayerische Kommunale Prüfungsverband berechtigt, die bestimmungsgemäße Verwendung der gewährten Fördermittel durch Einsicht in Bücher und Belege und sonstige Geschäftsunterlagen in den Räumen der*des Zuwendungsempfänger*in oder in den Diensträumen dieser Prüfungsinstanzen nachzuprüfen. Soweit es die jeweils prüfende Stelle zur Erfüllung des Prüfungszweckes für erforderlich hält, kann die Prüfung auch auf die sonstige Geschäfts- und Wirtschaftsführung der*des Zuwendungsempfänger*in ausgedehnt werden. Die*Der Zuwendungsempfänger*in erklärt in dem Antragsformular (Ziffer 7.1) die Einwilligung zur jederzeitigen Prüfung.
- 9.3 Für die Rücknahme und den Widerruf der Bewilligungsbescheide sowie die Rückforderung der Fördermittel (Ziffer 6.2) gelten die einschlägigen Bestimmungen des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG).

10 Inkrafttreten

Diese Richtlinien treten am 17.10.2023 in Kraft.